

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 29. September 2022 stellt der Klub der sozialdemokratischen Bezirksrätinnen und Bezirksräte nachstehende

Resolution

betreffend

Keine Marktsteuerung der Daseinsvorsorge

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich dafür aus, Marktliberalisierungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge rückgängig zu machen und die Daseinsvorsorge als öffentliche Dienstleistungen gemeinwohlorientiert zu steuern.

Begründung

Die aktuell in ganz Europa explodierenden Strompreise sind – ausgelöst vom Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine – ein Beispiel für die Probleme, die durch fehlgeleitete Marktliberalisierungen im Bereich der Daseinsvorsorge entstanden sind. Obwohl ein Großteil der österreichischen Stromerzeugung aus Wasserkraft stammt, orientiert sich der Preis in der gesamten Branche an den Erzeugungskosten des teuersten Anbieters, aktuell also von gasbetriebener Energieerzeugung. Die Bindung des Strompreises an den Gaspreis ist dabei ebenso problematisch, wie die vor zehn Jahren vorgenommene Bindung der Gaspreise in Lieferverträgen an die Börsenpreise.

Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und ständig schwankende Preise für die Endverbraucher:innen zu vermeiden, sind die meisten großen Energieunternehmen gezwungen, Sicherungsgeschäfte zu tätigen und an Strombörsen aktiv zu werden. Aufgrund der aktuellen Preiserallye an den Energiebörsen kann dies, wie bei Wien Energie, zu kurzfristigen Liquiditätsengpässen führen, die Schutzschirme der öffentlichen Hand erforderlich machen.

Unabhängig von tagespolitischen Auseinandersetzungen um einen konkreten Einzelfall geht es darum, die dahinterstehenden Systemprobleme zu erkennen und ihnen zu begegnen. Die Daseinsvorsorge darf nicht einer versagenden Marktsteuerung überlassen bleiben, sie muss als öffentliche Dienstleistung nach dem Kostendeckungsprinzip und gemeinwohlorientiert organisiert sein. Daher spricht sich die Bezirksvertretung Wieden dafür aus, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten auf EU-Ebene vorgenommenen Marktliberalisierungen rückgängig zu machen und die Regulierung der Daseinsvorsorge von Finanz- und Gütermärkten zu entkoppeln.